

# SP präsentiert Plan B für Frontex

Bei einem Nein zum Ausbau der EU-Grenzschutzbehörde droht das Schengen-Aus. So weit soll es nicht kommen.

Othmar von Matt

Er ist das gemässigte Gesicht der SP-Kampagne gegen die Weiterentwicklung der EU-Grenzschutzagentur Frontex: Daniel Jositsch, 56, Ständerat, Strafrechtsprofessor an der Uni Zürich und Vertreter des Reformflügels der Partei.

Am 15. Mai stimmt die Schweiz über den Frontex-Ausbau ab. Sie soll jährlich bis zu 61 Millionen Franken zahlen an die EU-Grenzschutzbehörde statt wie 2021 24 Millionen. Und sie soll ihr Personalkontingent von sechs auf 40 Vollzeitstellen erhöhen. Die SP hat ein Problem mit Frontex, welche für die «Festung Europa» steht, die Migranten und Migrantinnen abschottet – und das auch mit illegalen Mitteln wie Pushbacks.

Die SP sei nicht gegen Frontex per se, betont Jositsch. Sie wolle aber «flankierende Massnahmen». Es gehe darum, dass Flüchtlinge auf einem «normalen Weg in die Schweiz» kommen könnten. Deshalb hat die SP-Fraktion gestern entschieden, wie sie vorgehen will, sollte die Bevölkerung am 15. Mai tatsächlich Nein sagen zum Frontex-Ausbau. Denn damit wäre die Schweizer Schengen-Mitgliedschaft in Gefahr, so argumentiert zumindest Justizministerin Karin Keller-Sutter.

## SP verlangt politischen Preis für Zustimmung

Damit es nicht so weit kommt, würde die SP im Plan B dem Frontex-Ausbau zustimmen. Doch dafür verlangt sie einen politischen Preis: Die Schweiz soll mehr Resettlement-Flüchtlinge aufnehmen. Jositsch reicht diese Woche eine entsprechende

Die SP kritisiert die Frontex wegen der Verletzung von Menschenrechten.

Bild: Noël Quidu/laif (Evros, 20.5.2021)



parlamentarische Initiative ein: «Es braucht nun legale Fluchtrouten als innerstaatliche humanitäre flankierende Massnahmen zur Übernahme der Verordnung», so der Titel. Es ist das UNHCR-Resettlement-Kontingent, das diese legalen Fluchtrouten sicherstellen soll. Die SP will es bei einem Nein von heute 1600 auf 4000 Personen für zwei Jahre erhöhen. «4000 sind immer noch keine Revolution», sagt Jositsch. «Aber es wäre eine massive Verbesserung gegenüber dem Zustand von heute.»

Schon in der Ratsdebatte hatte die SP eine Erhöhung des Resettlement-Kontingents als Gegenleistung gefordert für ihre Zustimmung zum Frontex-Aus-

bau. Ein Kompromissvorschlag – 2800 statt 4000 Resettlement-Flüchtlinge – war im Ständerat an einer einzigen Stimme gescheitert. Im Nationalrat setzten dann Die Mitte und die FDP auf einen Deal mit der SVP.

Für Jositsch ist das UNHCR-Resettlement-Programm der richtige Weg, «weil die Menschen direkt im Ursprungsland Asyl erhalten», wie er betont. «Müssen sie wie heute laut Asylgesetz an der Schweizer Grenze ein Asylgesuch stellen, finanzieren wir das sehr fragwürdige System mit Frontex und seinen Pushbacks.» Als normale Familie mit Kindern komme man nie über das Mittelmeer und an Frontex vorbei.

«Resettlement» bedeutet «Neuansiedlung». Das heisst: Schutzbedürftige Asylsuchende, die in ein Erstaufnahmeland geflüchtet sind, können sich über das entsprechende Programm des UNHCR dauerhaft in einem aufnahmebereiten Drittstaat ansiedeln. Zum Beispiel in der Schweiz. Um für ein Resettlement-Programm in Frage zu kommen, muss eine Person vom UNHCR als Flüchtling anerkannt sein.

Sollte die Bevölkerung am 15. Mai die Frontex-Vorlage ablehnen, könnte der Vorschlag der SP bereits in der Sommersession durch National- wie Ständerat gebracht werden. «Der Bundesrat müsste so rasch

wie möglich eine neue Vorlage mit den Massnahmen für das Parlament ausarbeiten, die wir fordern», sagt Jositsch. «Dann kann er sie nach der Abstimmung sofort in der ersten Sitzung der staatspolitischen Kommission traktandieren.» Die Differenzvereinbarung zwischen den beiden Räten würde ebenfalls in der Sommersession stattfinden. Für Jositsch ist klar: Die Verzögerung, die sich bei einem Nein zum Frontex-Ausbau an der Urne ergäbe, wäre kein Problem. «Das Geschäft ist schon jetzt verspätet», sagt er. «Wäre eine Verzögerung grundsätzlich nicht möglich, müssten wir ja bereits heute aus Schengen ausgeschlossen sein.»

## Die ganze 2. Säule für Wohneigentum

**Nationalrat** Wohneigentum ist ein begehrtes Gut. Allerdings ist die Finanzierung nicht einfach. Nun will der Nationalrat den Kauf von Wohneigentum mit Hilfe der zweiten Säule erleichtern, indem er die Regeln anpasst. Er hat einer Motion seiner Sozialkommission mit 81 zu 71 Stimmen zugestimmt. Konkret sollen die Guthaben der beruflichen Vorsorge wieder vollständig für den Kauf von Wohneigentum genutzt werden können. Seit 2013 gilt bei der Finanzierung die Regel, dass die Hälfte der Eigenmittel selbst eingebracht werden muss. Die andere Hälfte kann aus der zweiten Säule entnommen werden. Dadurch wurde der Kauf von Wohneigentum erschwert, ist sich die Kommission einig. (abi)

## Jährlich mehr als 50 Tötungsdelikte?

**Ständerat** In der Schweiz werden jedes Jahr 50 Menschen Opfer eines Tötungsdeliktes. Doch stimmt diese Zahl? Eine Studie aus dem Jahr 2015 weckt Zweifel. Sie kommt zum Schluss, dass rund die Hälfte der Tötungsdelikte unentdeckt blieb. Nun nimmt sich auch die Politik des Themas an. Der Ständerat befasste sich mit einem Postulat, in dem der Bundesrat aufgefordert wird, mit einem Bericht Licht ins Dunkel zu bringen. Eingebracht hat die Forderung einer der Studienautoren, der Zürcher SP-Ständerat Daniel Jositsch. Heute müsse ein Arzt den Tod eines Menschen feststellen, erklärte Jositsch. Es lasse sich nicht ausschliessen, dass dabei Tötungsdelikte übersehen werden. Es gehe darum, der Sache auf den Grund zu gehen. Der Ständerat überwies das Postulat mit 35 zu 3 Stimmen. (rwa)

ANZEIGE

Wählen Sie aus mehr als 600 Fassungen der Basiskollektion, inkl. präzise zentrierten Gläsern, Zufriedenheits- und Drei-Jahres-Garantie.  
**Kommen Sie vorbei, spontan oder mit Termin: [fielmann.ch/termin](https://fielmann.ch/termin)**

**Brille: Fielmann.**